

Beschlussvorlage für Ausschüsse



Landeshauptstadt
Mainz

öffentlich		Drucksache Nr. 0572/2018
Amt/Aktenzeichen 67/67 00 66 Lau	Datum 21.03.2018	TOP

Behandlung in der Verwaltungsbesprechung am			
Beratungsfolge Gremium	Zuständigkeit	Datum	Status
Ortsbeirat Mainz-Laubenheim	Kenntnisnahme	04.05.2018	Ö

Betreff: Sachstandsbericht zu Antrag 0266/2018 SPD, Grüne, ödp, Ortsbeirat Mainz-Laubenheim; hier: Flugverfahren "Geradeausstart bei Westbetrieb"
Mainz, 26.03.2018 gez. Eder Katrín Eder Beigeordnete

Beschlussvorschlag:

Der Ortsbeirat nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis.
Der Antrag ist erledigt.

Zu 1.

Der Ortsbeirat Mainz-Laubenheim stellt fest, dass das Flugverfahren des Geradeausstarts bei Westbetrieb zu einer Erhöhung der Fluglärmbelastung in Laubenheim führt und unter Lärmschutzgesichtspunkten deutlich schlechter zu bewerten ist als die Südumfliegung

Unter Anderem würden Raunheim, Flörsheim, Rüsselsheim, Ginsheim-Gustavsburg und Bischofsheim noch vor Mainz bei Geradeausabflügen bei Westbetriebsrichtung direkt überflogen. Diese Lärmbelastung der Kommunen zusätzlich zu der Lärmbelastung beim Anflug auf den Flughafen war und ist nicht zumutbar. Deshalb wurde diese Möglichkeit auch von der Seite der DFS, Fraport und des Landes Hessen nicht als durchführbare Alternative diskutiert.

Die Regelung zur Rückenwindkomponente schützt dieselben Kommunen westlich des Flughafens Frankfurt beim Anflug vor zusätzlichem Fluglärm.

Diese Regelung zur Rückenwindkomponente wurde gerade durch ein Urteil des hessischen Verwaltungsgerichts in Kassel gestärkt.

Zu 2.

Der Ortsbeirat Mainz-Laubenheim bittet die Stadt Mainz, sich für einen Beschluss der Fluglärmkommission einzusetzen, mit dem das Flugverfahren des Geradeausstarts bei Westbetrieb abgelehnt wird.

Die Stadt Mainz wird sich sofort, wenn von Seiten der DFS und Luftverkehrswirtschaft eine Möglichkeit gesehen würde bei Westbetrieb geradeaus abzufliegen, vehement gemeinsam mit den kommunalen Verbündeten der ZRM dagegen wehren.

In der Fluglärmkommission sind Beratungswünsche von Seiten der DFS über Alternativen zur Südumfliegung nicht angedacht und auch nicht zwischen den Zeilen angedeutet worden.

Die Stadt Mainz ist durch die Umweltdezernentin, Katrin Eder, im Vorstand der Fluglärmkommission vertreten und wird aufmerksam jegliche Vorschläge zu Alternativrouten der Südumfliegung verfolgen und gegebenenfalls Maßnahmen der Gegenwehr zum Schutz der Laubenheimer Bürgerinnen und Bürger ergreifen.